

Zur Arbeiterfrage.

Passalle's Rede

bei der am 16. April 1863

in Leipzig abgehaltenen Arbeiterversammlung.

Mit Briefen

der Herren Prof. Wutke und Dr. Iohar Bucher.



Sollingen-Zürich.

Schweizerische Volksbuchhandlung.

1884.

Die zum 16. April 1863 vom Komite zur Gründung eines Deutschen Arbeitervereins zusammenberufene Arbeiterversammlung war stärker als alle vorhergehenden Versammlungen besucht, weil Ferdinand Lassalle in derselben sprechen sollte. Es waren mehr als 4000 Personen zugegen, unter denen freilich auch einige Studenten, Kaufleute und Messfremde sich befanden. — Der mit überwiegender Majorität durch Akklamation erwählte Vorsitzende Julius Bahlteich eröffnete die Sitzung und gab zunächst Ferdinand Lassalle das Wort. Nach der stenographischen Aufzeichnung des Dr. Karl Abrecht lautet die Rede Lassalle's wie folgt:

Arbeiter! Schon seit lange bin ich von Ihrem Komite aufgefordert worden, nach Leipzig zu kommen, um Sie zu sehen und zu Ihnen zu sprechen. Ich habe es bisher ausgeschlagen, denn es war durchaus nicht meine Absicht, persönlich eine Agitation unter die Arbeiter zu werfen oder eine Aufregung irgend welcher Art hier zu verbreiten. Darauf erhielt ich von dem hiesigen Komite eine Anfrage, welche Sie kennen: — und da ich gefragt war, so war es meine Pflicht, als ehrlicher Mann zu antworten; eine Pflicht, die ich nach bestem Wissen erfüllt zu haben glaube. Nachdem Sie nunmehr der Ausföhrung, welche mein Antwortschreiben enthält, beigetreten sind, nachdem Sie sich zu meiner Ansicht bekannt haben, so daß also von keiner Seite gesagt werden kann, daß ich Sie durch persönliches Auftreten, durch meine Reden, durch Verführung hinzureißen versucht hätte — nun konnte ich zu Ihnen kommen und zu Ihnen sprechen. Es liegt darin dieser Unterschied: dem Arbeiterstande, welcher die Ansichten bekennt, die ich Ihnen entwickelt habe, diesem will ich meine Intelligenz und meine Energie zur Disposition stellen, — eine gewaltsame Agitation unter den Arbeiterstand zu schleudern, falls er zu jener Einsicht noch nicht reif wäre, ist meine Absicht nicht.

Die Wuth meiner Feinde, nachdem meine Antwort an das Komite veröffentlicht worden war, ist grenzenlos gewesen. Daß ich Ihnen, meine Herren, das ökonomische Gesetz verrathen habe, welches den Arbeitslohn der arbeitenden Klassen regelt, an welches Ihre Existenz

wie mit eisernen Klammern geschmiedet ist, das hat man mir nicht verziehen; es haben sich Stimmen des Unwillens gegen mich erhoben, wie im Alterthum etwa gegen einen Priester, der die Geheimnisse der Ceres verrathen. Waren meine Feinde Römer, sie hätten mich niedergestoßen auf offenem Markte, wie die Patrizier einst den Gracchen thaten. Meine Feinde sind aber keine Römer, und so haben sie versucht, mich mit Verleumdungen niederzustößen, statt mit dem Schwerte. Es gibt keine Beschimpfung, die gegen mich nicht geschleudert worden ist, seitdem ich Ihnen meine Antwort zugehen ließ. Ein Berliner Blatt, die „Tribüne“, erklärt mein Auftreten auf folgende Weise: Ich bin, wie Sie wissen, vor Kurzem wegen meines Arbeiterprogramms zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden; daraufhin sagt nun jenes liberale Blatt, ich hätte in meinem „Antwortschreiben“ eine Apostasie begangen, hätte mich mit der Regierung vertragen, um — während jener Haft eine mildere Behandlung zu erlangen. (Heiterkeit.) Das ist empörend, wenn Sie es solchergestalt auffassen: Jene vier Monate Haft, deren ich mich nicht rühmen will, sind eine Wunde, die ich in Ihrem Dienste empfangen habe, und aus dieser Wunde selbst sucht man ein Gift gegen mich zu gewinnen. Ein anderes, angeblich radikales Blatt, die „Reform“, erklärte, ich sei ein Knecht geworden, sei da angelangt, sei da angekommen. Von Seiten der Bourgeoisie war ich allerdings auf solch' eine Begegnung gefaßt; ich wußte, daß, wer sich für Sie, die Arbeiter, erhebt, den Giftbecher der Verleumdung bis zur Reige leeren muß. Was mich aber einigermaßen überrascht hat, was mir den Schmerz einer Sekunde verursacht hat, war, dieselbe Beschimpfung im Munde von Arbeitern, wenn es auch nur ganz vereinzelte waren, zu finden. Sie erinnern sich, meine Herren, der von dem Arbeiterverein in Nürnberg unterzeichneten Erklärung, in welcher ich als gedungenes Werkzeug der Reaktion bezeichnet wurde, ich, ein Mann, der zwei Jahre im Gefängniß gesessen, der drei Kriminalprozesse durchgemacht hat, und welcher, was selbst seine Feinde gestehen, während 15 Jahren in allen seinen Konflikten mit der Regierung stets eine durchaus stolze, ja schroffe, revolutionäre Attitüde festgehalten hat, eine viel stolzere und prinzipiellere, als die ganze Fortschrittspartei, die mich jetzt verleumdet. (Zischen und Bravo.) Es geht mir deshalb nicht bei, alle Glieder der Fortschrittspartei der Verleumdung zu beschuldigen; ich habe in dieser Partei selbst liebe Freunde, aber von der Presse, welche für sie arbeitet und ihr dient, von ihr sind diese Beschimpfungen ausgegangen. Diese Beschimpfungen trafen mich aus dem Grunde, weil ich Ihnen, den Arbeitern, geantwortet hatte. Als

ich hierher kam, war es meine Absicht, Alles, was in sachlicher Weise gegen meine Ansicht eingewendet worden ist, zusammenzufassen, es zu beleuchten und zu widerlegen; ich kann diese Absicht aber wegen meines heutigen körperlichen Zustandes nicht erfüllen und muß mich auf das Hauptsächlichste beschränken.

Sie erinnern sich, daß kurz nach dem Beschlusse Ihrer Versammlung vom 24. März eine andere Versammlung in dieser Stadt abgehalten worden ist, in welcher ein Herr Dr. Max Wirth die Kühnheit hatte, zu behaupten, daß das ökonomische Gesetz des Arbeitslohnes, wie ich es Ihnen mitgetheilt habe, nicht wahr sei; er nannte es einen überwundenen, längst widerlegten Standpunkt. Ich hatte dieses Gesetz so formulirt:

„Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den nothwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist.“

Ebenso hatte ich die Gründe entwickelt, welche es nothwendig machen, daß dieses Gesetz herrsche. Vermehrt sich nämlich das nationale Kapital, steht der Lohn höher, als es nach dem oben Angegebenen nöthig ist, so vermehrt sich die Arbeiterzahl durch Vergrößerung der Zahl der Ehen und Arbeiterkinder. Indem nun das Angebot von Händen steigt, drückt es in Folge der freien Konkurrenz den Lohn wieder so weit herunter, daß eben nur das zur Fristung des Lebens Nöthige verbleibt. Manchmal fällt der Lohn wohl auch auf eine kurze Zeit noch tiefer, dann mindert sich die Zahl der Arbeiter; die Nachfrage nach denselben übersteigt das Angebot, und so steigt der Lohn wieder zu seiner normalen Höhe. Alles, was ich Ihnen hierüber schriftlich gesagt habe, ist nur eine streng konsequent entwickelte Folge aus diesem ehernen Gesetze. Da kommt nun Dr. Wirth und sagt, dies Gesetz, welches ich als einstimmig anerkannt bezeichnet habe, sei erlogen, sei längst widerlegt und ich hätte Sie damit getäuscht! Sie werden an sich überzeugt sein, daß ich keine unwahre Behauptung aufgestellt habe; indeß ist diese Sache zu wichtig, als daß ich nicht darauf eingehen sollte, meine Angabe weiter zu belegen. Man soll nicht sagen, daß ich ein in verba magistri jurare, einen blinden Glauben an des Lehrers Worte von Ihnen verlange. Und da man bestreitet, daß dieses Gesetz von der Wissenschaft anerkannt sei, so muß ich Ihnen die nöthigen Belege beibringen.

Hören Sie, was Say, der Chef der französischen Bourgeois-
Oekonomie sagt:

Say (Cours complet d'économie politique, V. part, ch. X, p. 333, éd. Brux.) sagt von dem Lohn der ordinären Arbeit Folgendes: „Das Angebot dieser Arbeit wächst mit der Nachfrage nach derselben. Die Nachfrage kann den Arbeitslohn ein wenig, aber sehr wenig, über die Höhe bringen, welche nothwendig ist, damit die Arbeiterfamilien existiren und sich fortpflanzen können; d. h. über die Höhe, welche nothwendig ist, damit jede Arbeiterfamilie genug Kinder aufziehen kann, um Vater und Mutter zu ersetzen. Wenn der Arbeitslohn nur ein wenig über diesen Stand hinausgeht, so vermehren sich die Arbeiterkinder, und das größere Arbeitsangebot gleicht sehr bald die gestiegene Nachfrage aus.“

„Wenn, im Gegentheil, die Nachfrage nach Arbeitern zurückbleibt hinter der Anzahl von Leuten, die sich zur Arbeit anbieten, so fallen ihre Einnahmen unter den Punkt, welcher nothwendig ist, damit diese Klasse sich in gleicher Zahl erhalten kann. Die Familien, welche am meisten von Kindern und Krankheiten gedrückt sind, gehen zu Grunde; infolgedessen fällt nun das Arbeitsangebot, und indem jetzt weniger Arbeit angeboten wird, steigt ihr Preis. Man ersieht hieraus, daß der Preis der einfachen Handarbeit nicht lange über oder unter dem Standpunkte bleibt, welcher nothwendig ist, um die Arbeiterklasse in der Anzahl zu erhalten, deren man benöthigt ist, woraus sich nur die Schlußfolge ergibt, daß die Einnahmen des einfachen Handarbeiters nicht das Maß dessen übersteigen, was nothwendig ist, um die Existenz seiner Familie aufrechtzuerhalten.“

Also genau diesen Tanz, bald etwas über, bald etwas unter dem äußersten Rand, den ich Ihnen geschildert habe.

Oder vernehmen wir den großen englischen National-Oekonomen Ricardo (Kap. 5) „über den Arbeitslohn“:

„Die Arbeit, ebensogut wie alle Sachen, die man kaufen und verkaufen und deren Quantität vermehrt oder vermindert werden kann, hat einen natürlichen und einen Tagespreis. Der natürliche Preis der Arbeit ist derjenige, welcher den Arbeitern im Allgemeinen die Mittel liefert, zu existiren und ihre Klasse ohne Vermehrung noch Verminderung fortpflanzen zu können.“ Er zeigt nun, daß der Tagespreis, wie ich Euch dies gesagt, sich in den Schwankungen um diesen natürlichen Preis bewegt, die ich Euch auseinandergesetzt. „Wenn“, sagt er, „die Zahl der Arbeiter vermehrt wird durch eine vom Steigen der Löhne ermutigte Vermehrung der Bevölkerung, so

sinken die Löhne von Neuem auf ihren natürlichen Preis, und manchmal ist die Wirkung der Reaktion so groß, daß sie noch tiefer fallen.“

Ich muß mit meinen Zitaten noch fortfahren; das ist freilich nicht amüsant, ich bin aber auch nicht hierher gekommen, um Sie zu amüsiren, sondern um Ihnen von Dingen zu sprechen, die Sie nahe angehen und Ihren ganzen Ernst erfordern. Herr Wirth hat die unerhörte Kühnheit gehabt, sich auf Ad. Smith und J. Stuart Mill gegen dieses Gesetz zu berufen. Hören wir also, was Smith sagt (Grundsätze I. Th., 1. Buch, 8. Kap., p. 172, éd. Garn.):

„Wenn die Nachfrage nach Arbeitern beständig wächst, so muß der Arbeitslohn nothwendig einen solchen Antrieb zur Verheirathung und zur Vervielfältigung der Arbeiterzahl geben, daß sie im Stande sind, dieser immer wachsenden Nachfrage durch ein gleichfalls stets wachsendes Angebot zu entsprechen. Nimmt man an, daß in einer Zeit der Arbeitslohn nicht so groß ist, als nothwendig, um diese Wirkung hervorzubringen, so wird der Mangel an Arbeitern ihn bald steigen machen; und nimmt man an, daß in einer andern Zeit der Arbeitslohn größer ist, als für diese Wirkung erforderlich ist, so wird die übermäßige Vermehrung von Arbeitern ihn bald auf diese nothwendige Höhe zurücksinken machen.“

Oder hören Sie John Stuart Mill, auf den sich Herr Wirth zu berufen die Kühnheit hatte: „Ricardo“ — sagt J. St. Mill (II. Buch, 11. Kap., § 2) — „nimmt an, daß es überall einen Minimumsatz für den Arbeitslohn gebe, entweder den niedrigsten, bei dem es physisch möglich ist, die Bevölkerung zu erhalten, oder den niedrigsten, bei dem ein Volk sich entschließt, dies zu thun. Er nimmt an, daß der allgemeine Satz des Arbeitslohnes sich stets nach diesem Minimum hinneigt, daß er niemals niedriger sein kann über die Länge der Zeit hinaus, die erforderlich ist, damit die geringere Bevölkerungszunahme sich fühlbar mache, und daß er nie sich lange hoch halten kann. Diese Annahme enthält Wahrheit genug, um sie für die Zwecke der abstrakten Wissenschaft zulässig erscheinen zu lassen, und der Schluß, den Ricardo daraus zieht, nämlich, daß der Arbeitslohn auf die Länge mit dem beständigen Preise der Lebensmittel steigt und fällt, ist, wie alle seine Schlußfolgerungen, vom hypothetischen Standpunkt aus wahr, d. h. wenn man die Voraussetzungen, von denen er ausgeht, zugibt. Bei der Anwendung auf die wirklichen Verhältnisse muß man indeß erwägen, daß das Minimum, von dem Ricardo spricht, insbesondere wenn es nicht ein physisches, sondern so zu sagen ein moralisches Minimum ist, selbst wieder bedeutende Verschiedenheit zuläßt“ (— dies ist es gerade, worauf ich

Sie so nachdrücklich aufmerksam machte; p. 16 und 18 zc. meiner Broschüre. Der Arbeitslohn sei das unter einem Volke gewohnheitsmäßig übliche Minimum. Dies ändere sich nicht, daß Sie stets auf dem äußersten Rande zc. Aber dieser äußerste Rand selbst könne in verschiedenen Zeiten und Völkern ein verschiedener sein). „Wenn der Arbeitslohn vorher so hoch war“ — fährt Mill fort —, „daß er eine Ermäßigung ertragen konnte, welche aber durch ein hohes Maß der Lebensansprüche der Arbeiter gehindert wurde, so kann eine Preiserhöhung der Lebensmittel oder einer andern ungünstigen Veränderung in ihren Umständen auf zweierlei Weise wirksam sein. Es kann eine Ausgleichung erfolgen durch ein Steigen des Arbeitslohnes, herbeigeführt durch eine allmälige Einwirkung auf eine vorsichtige Beschränkung der Bevölkerungszunahmen — oder der Maßstab für die Lebensweise der arbeitenden Klasse kann auf die Dauer niedriger werden, falls ihre frühere Gewohnheit in Bezug auf die Volksvermehrung sich als stärker ausweisen sollte, als ihre frühere Gewohnheit hinsichtlich der Lebensannehmlichkeit. Im letzteren Falle wird ihre Benachtheiligung von Dauer sein, und ihre verschlimmerte Lage wird ein neues Minimum werden, mit der Tendenz, ebenso wie das frühere Minimum gethan, fortzubestehen. Es ist leider anzunehmen, daß von den beiden Arten, wie die Sachen sich gestalten, die letztere bei Weitem die häufigere ist, oder jedenfalls doch hinlänglich oft vorkommt, um allen Sägen, die jedem Unglück, welches die arbeitenden Klassen trifft, eine selbstheilende Kraft zuschreiben, die praktische Bedeutung zu nehmen. Es liegen gewichtige Nachweise vor, daß die Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter in England mehr als einmal im Laufe der Geschichte große und dauernde Verschlimmerung erfahren hat aus Ursachen, die nur einen vorübergehenden Einfluß hätten äußern können, wenn die Bevölkerung ihre Macht der Selbstregulirung in Gemäßheit des früheren Maßstabes der Lebensannehmlichkeiten ausgeübt hätte. Unglücklicherweise hat die Armuth, worin die arbeitende Klasse während einer langen Reihe von Jahren versunken war, diesen früheren Maßstab verloren gehen lassen, und die nächste Generation, die aufwächst, ohne die frühere Lebensannehmlichkeit besessen zu haben, vermehrte sich nun ihrerseits, ohne dahin zu streben, sich dieselbe wieder zu verschaffen.“

Sie sehen also, J. St. Mill sagt genau dasselbe was ich, ja er geht noch weiter als Ricardo. Er nimmt an — entgegengesetzt zu Bastiat und seinen Nachbetern Schulze und Faucher (Zischen). — Meine Herren, wäre Herr Schulze hier, er würde Ihnen selbst sagen, daß er ein unbedingter Anhänger von Bastiat ist. — Ich sagte, daß

Mill noch weiter geht; er nimmt an, daß in den häufigsten Fällen das Minimum der Existenzbedürfnisse, die der Arbeitslohn darstellt, daß der in einem Volke gewohnheitsmäßig übliche, nothwendige Lebensunterhalt häufiger fällt als steigt, daß er im Lauf der Zeiten nach unten gedrückt wird, weil selbst die vorübergehenden Verschlechterungen, da die Arbeiter das Kindererzeugen nicht aufgeben, die Tendenz haben, zu dauernden Verringerungen der üblichen Lebensnothdurft zu führen.

Er fährt nun fort: „Der entgegengesetzte Fall tritt ein, wenn durch Verbesserungen in der Landwirthschaft, Aufhebung von Korngesetzen und ähnliche Ursachen der Lebensbedarf des Arbeiters wohlfeiler und dieser in den Stand gesetzt wird, mit dem nämlichen Arbeitslohn mehr Lebensannehmlichkeiten sich zu verschaffen, als vorher. Der Arbeitslohn wird nicht unmittelbar darauf fallen; es ist sogar möglich, daß er steigen wird. Schließlich jedoch wird der Arbeitslohn so weit fallen, daß die Arbeiter nicht besser daran sein werden, als vorher, wofern sich nicht während dieser Zwischenzeit des Gedeihens der Maßstab der von dieser Klasse als unentbehrlich angesehenen Lebensannehmlichkeit für die Dauer erhöht hat. Leider kann auf einen solchen wohlthätigen Einfluß durchaus nicht gerechnet werden. Es ist eine viel schwierigere Sache, die Lebensansprüche, welche die Arbeiter für unentbehrlicher ansahen, zu erhöhen, als solche niedriger zu stellen. Wenn die arbeitende Klasse sich begnügt, die größere Lebensannehmlichkeit zu genießen, so lange sie dauert, aber nicht lernt, sie für ein Bedürfniß anzusehen, so wird sie sich durch Bevölkerungszunahme zu ihrer frühern Lebensweise wieder hinabbringen. Wenn ihre Kinder früher aus Armuth ungenügend ernährt und verwahrlost wurden, so wird wird nun eine größere Zahl derselben aufgezogen werden, deren Konkurrenz, wenn sie erwachsen sind, den Arbeitslohn herabdrücken muß, vermuthlich im vollen Verhältniß zu der größern Wohlfeilheit der Lebensmittel. Wenn diese Wirkung nicht auf solche Weise hervorgebracht wird, so geschieht dies durch frühzeitigeres und zahlreicheres Heirathen oder durch eine größere Zahl Geburten nach der Heirath. Alle Erfahrung stimmt darin überein, daß in Jahren mit wohlfeilen Kornpreisen bei reichlicher Beschäftigung in der Zahl der Heirathen eine bedeutende Zunahme unabänderlich stattfindet. Ich kann daher der Wichtigkeit, welche man der Aufhebung der Korngesetze, lediglich als eine Arbeiterfrage betrachtet, beigelegt hat, nicht bestimmen, noch auch irgend einem jener Projekte, wie solche in allen Zeiten vorkommen, um die Lage der Arbeiter ganz wenig besser zu stellen.“

Dinge, welche diese Lage nur ganz wenig berühren, machen keinen bleibenden Eindruck auf Gewohnheiten und Ansprüche der Arbeiter, und sie sinken bald in ihren früheren Zustand zurück. Um bleibenden Nutzen zu stiften, muß die vorübergehende Ursache, die auf sie einwirkt, ausreichen, um eine bedeutende Veränderung in ihrer Lage zu Wege zu bringen — eine solche Veränderung, die viele Jahre hindurch empfunden wird, ungeachtet des Antriebes, den sie während einer Generation dem Bevölkerungsanwachs gibt. Wenn die Verbesserung diesen merkwürdigen Charakter hat und eine Generation aufwächst, welche immer an einen höheren Maßstab der Lebensannehmlichkeit gewohnt gewesen, so bildet sich die Gewohnheit dieser neuen Generation in Bezug auf Bevölkerungszunahme auf Grund eines höheren Minimum, und die Verbesserung der Lage der Arbeiter ist von Dauer.“ Der bemerkenswertheste Fall dieser Art, sagt J. Stuart Mill nun weiter, sei die französische Revolution gewesen. Denn durch diese habe sich ganz plötzlich eine Verbesserung eingestellt, welche die obwohl mit beispielloser Raschheit vor sich gehende Bevölkerungszunahme noch überwogen habe. — Sie sehen also, daß J. St. Mill ganz dasselbe sagt, was ich hierüber in meiner Broschüre p. 18 und früher sage.

Urtheilen Sie hiernach, welche Stirn dazu gehört, sich auf Mill gegen mich zu berufen.

Ebenso wenig hat Bastiat etwas gesagt, was geeignet wäre, jenes Gesetz des Arbeitslohnes zu widerlegen. Herr Wirth beruft sich auf den Ausspruch desselben, daß mit Entwicklung der Industrie und der Gesamtproduktion auch der proportionelle Antheil der Arbeit daran wachse. Diese Behauptung theilt kein anderer Oekonom; sie ist unwahr; aber nicht einmal sie enthält etwas, was dem Gesetze des Arbeitslohnes nothwendig widerspräche. Selbst einmal angenommen, daß im Laufe der Jahrhunderte der Antheil der Arbeit steige, so wäre damit noch keineswegs gesagt, daß auch der Lohn derselben steigt. Dieser kann stehen bleiben oder sogar fallen, und das hängt lediglich davon ab, ob sich nicht die Zahl der Arbeiter in einem noch stärkeren Grade als der Antheil der Arbeit an der Gesamtproduktion vermehrt. Andere Gründe gegen Bastiat würden zu einem längeren Eingehen nöthigen, und ich will daher jetzt auf sie verzichten; der Gegenbeweis ist aber in einer ganz leichten und äußerlichen Weise zu führen, nämlich durch die anerkannten Männer der Wissenschaft, die nach Bastiat geschrieben haben. Zu diesen gehört Mill, den ich schon angeführt habe, der noch lebt; während Bastiat lange gestorben ist. Lassen Sie mich aber noch die

Meinung der bedeutendsten neuesten Oekonomen vorführen, und zwar aus deren Compendien, die eben nur das absolut Anerkannte enthalten. Hören Sie Prof. Rau in Heidelberg, den Verfasser des gelesesten Compendiums, das, ich weiß nicht, in wie viel Auflagen erschienen ist; er sagt in § 190 seiner Grundsätze der „Volkswirtschaftslehre“:

„Die Kosten, welche dem Arbeiter im Lohne erstattet werden müssen, bestehen bei einfachen kunstlosen Berrichtungen nur aus dem Unterhaltungsbedarfe, bei künstlichen aber kommt noch der zur Erlangung der erforderlichen Geschicklichkeit vorgenommene Güteraufwand hinzu.

„Der Unterhaltungsbedarf muß nicht bloß auf die Dauer der Arbeit, sondern auch auf die Jahre der Kindheit und Jugend bezogen werden, in welchen der künftige Arbeiter noch nichts erwerben kann, und überhaupt muß der Lohn der Arbeiter zu dem Unterhalt ihrer Familien hinreichen. Wäre das Lohnneinkommen dafür zu gering, so würde die arbeitende Klasse minder zahlreich werden, und es würde an Arbeitern zu fehlen anfangen, bis das verringerte Angebot von Arbeit den Lohn wieder in die Höhe brächte. Dies gilt wenigstens von der gemeinen Lohnarbeit, welche nur die spärlichste Vergütung erhält, und von der mittleren Zahl von Mitgliedern einer Familie. In den künstlicheren Arbeitszweigen kann es geschehen, daß nach der dabei herkömmlichen Lebensweise der Lohn bloß für einen einzelnen Arbeiter ohne Familie zureicht und dennoch durch Zudrang aus den vielen Klassen die Zahl der Arbeiter unvermindert bleibt.“

An hiesiger Universität doziert Prof. Roscher; er ist Bourgeois-Oekonom, aber ein schwer gelehrter Mann. Was sagt dieser über die betreffenden Gesetze? Es heißt in seinem System der Volkswirtschaft (1858, § 161. p. 308):

„Das Wort Produktionskosten, welche das fortwährende Ausgebot der Arbeit bedingen, umfaßt die herkömmlichen Lebensbedürfnisse nicht bloß der wirklichen Arbeiter, sondern auch ihrer Familien, d. h. also des heranwachsenden Arbeitergeschlechts. Wie groß die Anzahl des letzteren sein müsse, hängt wesentlich von der Arbeitsnachfrage ab. Ist diese z. B. so stark, daß nur die Erziehung von durchschnittlich sechs Kindern pro Familie sie befriedigen kann, so muß der Lohn außer dem Unterhalt des Arbeiters selbst auch noch die Erziehungskosten von sechs Kindern zu decken vermögen. Wo es üblich wird, daß Weib und Kind für Lohn arbeiten, da braucht der Vater nicht mehr den ganzen Unterhalt der Familie selbst zu erwerben; es kann also der individuelle Arbeitslohn geringer ausfallen. Sollte

er jedoch unter die oben erwähnte Kostenhöhe sinken, so würde gar bald durch vermehrte Sterblichkeit und Auswanderung, verminderte Ehen- und Geburtszahl eine Verringerung des Angebotes, die bei unvänderter Nachfrage den Lohn wieder steigern müßte. — Nach umgekehrt wird sich ein Stand des Arbeitslohnes hoch über jenem Kostenbetrage um so schwerer lange behaupten können, je allgemeiner die Befriedigung des Geschlechtstriebes für den größten sinnlichen Genuß und die Liebe der Eltern zu den Kindern für die natürlichste menschliche Pflicht gelten. „Wo eine starke Nachfrage nach Menschen ist, da wird sich regelmäßig auch ein starkes Angebot einstellen.“ (Ad. Smith).“

Sie sehen, meine Herren, welche Einstimmigkeit bei all' diesen Autoritäten herrscht, Sie sehen, welche unerhörte Stirn dazu nöthig war, ein so anerkanntes Gesetz als unwahr zu bezeichnen, und sich dabei auch noch gerade auf Adam Smith und Mill zu berufen, welche es selbst nachgewiesen haben. Auf solche Weise diskutirt man keine große Sache! Eine Sache, zu deren Vertheidigung solche Kräfte aufgewendet werden müssen, schadet sich selbst und legt Zeugniß ab von ihrer inneren Schwäche. (Bravo und Zischen.)

Es war meine Absicht, meine Herren, heut' aus den sämmtlichen Einwendungen, die man gegen mich vorgebracht hat, einen Häringsalat zu machen; dann hätte ich Ihnen freilich eine Speise vorgefetzt, die Sie drei Stunden lang festgehalten hätte; ich meinerseits hätte jedoch kein Mitleid mit Ihnen gehabt, aber mein Gesundheitszustand macht mir's unmöglich, heut' auf Alles einzutreten, und ich muß eine Theilung eintreten lassen. Fast alle Einwürfe bestehen entweder in absichtlichen Entstellungen oder in wirklichen, aufrichtigen Mißverständnissen, von denen ich jedoch nicht begreife, wie sie bei der großen Deutlichkeit meiner Schrift entstehen konnten. So ruft Herr Schulze-Delitzsch in seinem Vortrage aus: „Wie will Lassalle denn Alle in seine Assoziationen hineinbekommen, da er ja doch keinen Zwang anwenden will?“ Meine Herren, das will ich gar nicht! Ich mag Niemand gegen seinen Willen hinein haben; wer nicht will, bleibt eben fort: volenti non fit injuria! Dem, der will, geschieht kein Unrecht: Wem's mehr Spaß macht, für Rechnung eines Fabrikanten zu arbeiten als für seine eigene, der kann's ja haben. Des Menschen Wille ist sein Himmelreich. Die Frage des Herrn Schulze beruht also auf irriger Auffassung.

Es soll Niemand gezwungen werden; es soll Ihnen nur die Möglichkeit gegeben werden, Ihre Kräfte für eigene Rechnung zu verwerthen. Diese Möglichkeit wird Ihnen eben durch von Ihnen

gestiftete Assoziationen gegeben, die aber des Staatskredits schlechterdings bedürfen.

Man hat ferner, und das sieht keinem Mißverständnisse ähnlich, sondern einer absichtlichen Entstellung, — man hat gesagt, und besonders hat es Herr Faucher hier gethan, das, was ich hier entwickelt habe, sei mit den französischen Nationalwerkstätten in den ersten Jahren der französischen Republik identisch. Ich bin überzeugt, daß man da auf Ihre Unbekanntschaft mit der Sache spekulirt hat; diese Werkstätten waren nämlich derart eingerichtet, daß unproduktive Beschäftigung in ihnen getrieben wurde. Sie waren nur dazu bestimmt, das durch die Revolution arbeitslos gewordene Proletariat überhaupt irgendwie zu beschäftigen und zu ernähren, und gerade weil man glaubte, man dürfe der Privatindustrie keine Konkurrenz machen, so ließ man unproduktive Arbeiten verrichten, z. B. Erdarbeiten; sie waren überdies nicht von den Sozialisten, sondern gerade gegen diese errichtet.*) Wie kommt man also dazu, diese Werkstätten mit meinem Plane zusammenzustellen? Man glaubt es eben wagen zu dürfen, weil die Sache nicht allgemein bekannt ist; sie ist jedoch attemmäßig festgestellt.**) Und weiter frage ich — ist denn hier die Rede von einer vom Staate ausgehenden Organisation der Arbeit, von einem Staatsatelier? Wer hier mißversteht, will nicht verstehen. Ich habe ja vielfach hervorgehoben, daß ich die individuelle, freiwillige Assoziation will; ich will sogar, gerade so wie Schulze, so wie sie in England bestehen, in Rochedale, Lancashire, Paris u. s. w.; nur sollen dieselben, um überhaupt entstehen zu können, das erforderliche Kapital durch eine Kreditoperation des Staates erhalten. Der Staat soll ihnen durch eine Kreditoperation entgegenkommen; er soll sie aber nicht „organisiren“, nicht selber Arbeit auf Staatskosten und für seine Rechnung, als Unternehmer, treiben, er soll vielmehr die Arbeiter durch seinen Kredit in den Stand setzen, sich selbst zu organisiren und für ihre Rechnung zu arbeiten. Ich habe auch nicht davon gesprochen, eine große Organisation zu machen, die man dann allerdings leicht als Staatsanstalt

*) Siehe z. B. die Eingeständnisse des Sozialistenfeindes Lamartine im 2. Bande seiner Geschichte der Februar-Revolution.

**) Siehe z. B. die Geschichte der Revolution von 1848 von Garnier-Pagès, 8. Band. Die Arbeiten waren z. B. Erdarbeiten auf der sogenannten Rampe von Jena, Umgrabung des Hafens der Elysäischen Felber, Ausziehung der Kiesel in den Gemeinden von Slichy und Clunévillers und ähnliche, sämmtlich in dem Schreiben des Direktors der Nationalateliers an den Minister spezifizirt. Die Arbeiter arbeiteten nur 2 bis 3 Tage der Woche, bekamen aber jeden Tag Lohn. Es sollte eben nur ein öffentliches Almosen sein.

hätte verstehen können. Ich spreche vielmehr überall von besonderen Kreisen, die unter sich durch „Kredit- und Affekuranzverbände“ verknüpft sind. Und wenn ich dies aussprach, so setzt das doch nothwendig voraus, daß es besondere selbstständige Gesellschaften gegen einander sind, nicht aber eine einzige, den ganzen Staat umfassende Assoziation. Sonst könnten sie, wenn es eine Gesellschaft wäre, ja nicht durch Kredit- und Affekuranzverbände untereinander verbunden sein! Ich kann also mit gutem Rechte fragen, ob dieses ein aufrichtiges Mißverständniß war oder ein erheucheltes.

Auf andere Dinge werde ich in dem nächsten Vortrage zurückkommen, den ich Ihnen vielleicht heute über sechs Wochen zu halten gedenke. Was ich heute vor Allem auseinanderlegen will, ist die Haupteinwendung, welche allen Angriffen gegen die soziale Seite meiner Broschüre zu Grunde liegt. Schulze und die ganze liberale Schule haben nämlich in allen Tonarten die Melodie angestimmt und das Geschrei losgelassen: „Der Staat darf sich nicht in die Verkehrsverhältnisse mischen.“ Meine Herren, dieses Geschrei ist ein sehr altes, es existirt seit mehr als 50 Jahren schon; diese Parole ist gegenwärtig so weit verbreitet, wie kaum eine andere, und dennoch gibt es keine unintelligentere, falschere, stupidere Parole als diese! Ausgegangen ist sie besonders von den Manchestermännern, und wollte ich Ihnen nur sagen, wofür dieses Prinzip schon erhalten mußte, so würde die bloße Aufzählung dieser Fälle Sie schon bestimmen, mit dieser Parole zu brechen. Als man die Zehnstundenbill in England einführen wollte, durch welche man für die Arbeiter unter 18 Jahren eine gewisse Anzahl von Arbeitsstunden als Maximum festsetzen wollte; als man eine Altersgrenze zu ziehen beabsichtigte, unter welcher die Kinder nicht in Fabriken arbeiten sollten; als man den Schulzwang einzuführen begann, nach welchem alle in Fabriken beschäftigten Kinder die Sonntagschule besuchen mußten: — da schrien alle englischen Fabrikanten: Staatsintervention! Der Staat darf sich nicht einmischen! Der englische Arbeiter ist aber bei diesen Fragen stets mit Denen gegangen, die sogar gegen ihn Zwang richten wollten, wie er z. B. in dem oben erwähnten Falle gezwungen wird, seine Kinder, wenn sie Aufnahme in den Fabriken finden sollen, in die Schule zu schicken. Der Arbeiter hat eingesehen, daß diese Art von Freiheit sein Ruin ist!

Solche Maßregeln zu erreichen, war auch in England immer nur gegen das Geschrei der Liberalen, war nur durch Hilfe der Tories, z. B. Lord Ashley und Andere, möglich. Selbst die Zwölfstundenbill von 1843 ist unter einem Toryministerium durchgegangen

(Graham's Bill). Ich kann mich hier mit diesen flüchtigen Andeutungen begnügen, weil Sie nächstens von anderer Seite einen ausführlichen Vortrag über diesen Gegenstand hören werden.

Herr Schulze sagt, und alle Anhänger der Manchester'schule sagen mit ihm: „Die Gesetze, welche den Arbeitslohn regeln, sind Naturgesetze, gegen welche der Staat nicht ankämpfen darf.“ In welchem Sinne kann man aber hier von Naturgesetzen sprechen? Ein Naturgesetz waltet mit Nothwendigkeit, man kann es nicht aufheben; man kann aber auch seine Bedingungen nicht ändern. Das Gesetz des Arbeitslohnes waltet unter den heutigen Verhältnissen freilich mit eben solcher Nothwendigkeit wie ein Naturgesetz; wir können aber seine Bedingungen aufheben, und dann ist auch das Gesetz geändert, folglich ist es kein „Naturgesetz“. Es beruht eben auf folgenden Bedingungen: wenn der Staat als Prinzip betrachtet, daß er in keiner Weise in die geschäftlichen Verhältnisse und die Verhältnisse des Verkehrs eingreifen darf; wenn die Produktion nur auf Rechnung von Privatunternehmern betrieben wird, und wenn die freie Konkurrenz obwaltet, so ist es allerdings so nothwendig wie ein Naturgesetz und schlechthin nicht zu beseitigen. Heben Sie aber eine dieser Bedingungen auf, so fällt auch dieses angebliche Naturgesetz. Heben Sie z. B. die Voraussetzung auf, daß die Produktion nothwendig für Privatunternehmer vor sich geht, und assoziiren Sie die Arbeiter, so fällt jenes Gesetz weg. Daher eben stammt der Haß aller Manchestermänner gegen den Staat, weil dieser der einzige Punkt ist, von dem aus man diese Verhältnisse ändern kann. Daher hassen sie nicht diesen oder jenen Staat, nicht diese oder jene Staatsform, sondern den Staat überhaupt, und wenn sie könnten, so würden sie, wie sie es hin und wieder ausgesprochen haben, gern den Staat aufheben und ihn untergehen lassen in die Gesellschaft (Zischen und Bravo), damit gar kein Punkt übrig sei, von welchem aus gegen ihre kapitalbewaffnete Ausbeutungssucht irgend ein Schutz nur erdenklich sei. Darum verschreien sie den Staat als das Prinzip alles Bösen; ein Geschrei, dem gewisse heutige Verhältnisse einen gewissen Schein verleihen! Bewahren Sie sich vor diesem Irrthum, der für unsere ganze Entwicklung verhängnißvoll würde, wenn nicht durch bessere Unterrichtung der öffentlichen Meinung dem entgegengetreten wird. Ich habe schon in meinem Arbeiterprogramm gesagt (S. 40): „Der Zweck des Staates ist nicht der, dem Einzelnen die persönliche Freiheit und sein Eigenthum zu schützen, wie die Idee der Bourgeoisie ist, sondern vielmehr der, durch seine Vereinigung die

Einzelnen in den Stand zu setzen, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als Einzelne nie erreichen könnten, eine Summe von Macht und Freiheit zu erlangen, die sie einzeln nie erlangen könnten.“ Dies ist das große zivilisatorische Prinzip des Staates, und trotz aller jetzigen Verkennung seines Wertes wird dies für alle Ewigkeit die Bestimmung des Staates bleiben.

Ich hatte zum Beweis dafür, daß man sich selbst in England, wo jener Irrthum ganz besonders akkreditirt ist, diesem wahrhaften Naturgesetz nicht entziehen kann, daß vom Staate die größten zivilisatorischen Schritte ausgehen müssen, mich auf die Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien bezogen, für welche der Staat nicht weniger als 20 Millionen Pfd. Stg. (130 Millionen Thaler) verwendet hat. Herr Schulze-Dehligsch mißversteht das und erwidert mir: Ja, das war in der Ordnung; die Sklaven waren ein Eigenthum, daher mußte man die Besitzer derselben entschädigen. Herr Schulze thut, als hätte ich jene Maßregel als eine unrichtige bezeichnet, was doch durchaus nicht der Fall ist. Ich meinerseits führte sie vielmehr nur an, um zu zeigen, wie haltlos das Prinzip der Nichtintervention des Staates sei, und wie selbst in England der Staat bei wirklich großen Fortschritten interveniren müsse. Allerdings, wohl waren die Sklaven Eigenthum; wenn Sie, meine Herren, das nicht sind, so ist doch immerhin etwas von Ihnen Eigenthum Anderer, so gut wie bei der Sklaverei; das ist nämlich: die Möglichkeit, für sich selbst zu arbeiten, das Produkt und das steigende Produkt Ihrer eigenen Produktivität für die eigenen Taschen erwerben zu können. Sie müssen heute arbeiten für Diejenigen, die Ihnen die Unterlage, den Arbeitsvorschuß, das Substrat der Arbeit geben; aus diesem Verhältniß folgt eben jenes Gesetz, das ich Ihnen über den Arbeitslohn entwickelt habe. Bei der Theilung, welche der Unternehmer macht, und die er auch gar nicht ändern kann, übergibt er Ihnen eben das Nothwendige; für sich aber behält er den ganzen Ueberschuß. Nehmen Sie an, dieser Ueberschuß steige noch so hoch über Ihre Lebensbedürfnisse hinaus, — gleichviel, er wandert immer in die Tasche dessen, der den Vorschuß gibt. Und so ist Ihre Fähigkeit, durch Ihre Arbeitskraft mehr hervorzubringen, als zu Ihrer Existenzfristung gehört, allerdings Eigenthum Anderer. Dies Eigenthum ist aber aufgehoben und abgelöst, sobald der Staat es Ihnen möglich macht, sich zu assoziiren und für eigene Rechnung zu arbeiten.

Meine Herren! Die Ansichten, welche ich vertrete, greifen in der Wissenschaft mehr und mehr um sich; alle Tage geschehen Zeichen,

die man wohl als eine signatura temporis betrachten darf. Vor vier Tagen erhielt ich das „Jahrbuch für nationale Oekonomie und Statistik von Prof. Hildebrandt in Jena. Dieser Mann entwickelt genau dieselbe Theorie, und zwar von folgender Seite. Man hat gesagt: der Kontrakt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei frei; das sei aber nicht wahr; die Arbeiter seien durch Noth und Hunger genöthigt, diesen Kontrakt abzuschließen. Meine Herren! das ist nicht neu; der Unterschied ist nur der, daß es früher nur die französischen Revolutionäre gesagt haben und jetzt die deutschen Professoren. Das ist aber ein Fortschritt der Wissenschaft und der Gerechtigkeit in der Gesellschaft, dem die Manchestermänner umsonst zu widerstreben versuchen.

Ich hatte darauf hingewiesen, daß die arbeitenden Klassen überhaupt nach statistischen Nachweisen zwischen 89 und 95 % der Bevölkerung umfassen. Herr Schulze antwortet mir: „Wenn das wirklich so ist, so mögen sie sich doch direkt helfen, ohne Einmischung des Staates. Aber gerade da liegt des Pudels Kern, das punctum saliens. Herr Schulze will, Sie sollen sich als Einzelne helfen; der kapitallose Einzelne aber ist hilflos, und Schulze's Worte laufen auf dasselbe hinaus, als wenn man einem mit 10 Zentner Beladenen, im Strome Versinkenden zurufe: er solle schwimmen. Der Staat, d. h. Ihre Gesammt-Assoziation, die ist es, die Sie mächtig machen kann; Herr Schulze will nicht die soziale Selbsthilfe, wie er behauptet, er will nur die individuelle, die aber ist für Kapitallose bei freier Konkurrenz ganz unmöglich. Als soziale Selbsthilfe wäre dagegen diejenige zu betrachten, die Sie sich durch das soziale Wesen, den Staat, durch die verbündeten Kräfte der Gesamtheit schaffen. Und das ist die Hilfe, die ich Ihnen predige! Die Manchester-Theorie liegt in den letzten Zügen. Wie das bei uns die erfreulichsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Wissenschaft erweisen, so zeigen es in England die komischsten Erscheinungen in der praktischen Politik.

Von der Manchester-Schule ist, wie ich Ihnen vorher sagte, das Geschrei ausgegangen: der Staat sei in allen gesellschaftlichen Fragen das Prinzip des Bösen, der Staat darf sich nicht in gesellschaftliche Fragen mischen. Nun ist in Lancashire infolge des amerikanischen Krieges und des Baumwollmangels die Noth äußerst groß geworden. Die Arbeiter beabsichtigen, nach den Kolonien auszuwandern; ein großer Theil der Baumwollarbeiter soll wenigstens diesen Entschluß bereits gefaßt haben. Was geschieht? Jetzt verlangen dieselben Manchestermänner auf alle Weise Staatsintervention für ihren

Vorteil. Mr. Potter, das Parlamentsmitglied für Carlisle, verlangte in ihrem Namen, der Staat solle Geld vorschießen, um die Arbeiter zu beschäftigen, bis wieder Baumwolle vorhanden wäre. Warum thun sie das? Sie sagen sich: Sind die Arbeiter fort, so haben wir, wenn der Krieg vorüber ist und die Baumwollenzufuhren wieder beginnen, zu wenig Arbeiter und müssen hohe Löhne zahlen. Es liegt also in unserem Interesse, die Arbeiter hier zu halten. So soll der Staat jetzt zu ihren Gunsten einschreiten und die Arbeiter auf seine Kosten zum Vortheile der Fabrikanten beschäftigen! Das ist das letzte Wort dieser stupiden und interessierten Theorie. Selbst die „Times“, das große Bourgeoisblatt, ist so gerecht, in zwei Nummern, vom 25. und 31. März, die Manchesterer wegen ihrer Lehre, die sie dreißig Jahre lang gepredigt haben, zu verhöhnern und den Arbeitern das Auswandern zu rathen. Es ist doch aber auch traurig, daß die Arbeiter auswandern sollen, damit die Manchesterer bestraft werden. Bei uns wollen wir es aber nicht dahin kommen lassen, daß der Staat entweder zum Vortheil der Fabrikanten einschreiten muß, oder die Arbeiter sich das Vaterland wie Schmutz von den Schuhsohlen abstreifen müssen.

Aus Alledem könnten Sie das Mißverständniß entwickeln, daß Sie Grund hätten, die Fabrikanten oder die Unternehmer zu hassen. Das wäre der größte Irrthum, denn kein Mensch ist verantwortlich für die Einrichtungen, welche existiren. Diese sind vielmehr, wie ich Ihnen in meinem Arbeiterprogramm entwickelt habe, das Resultat eines langen historischen Prozesses, der nicht durch die Schuld der Bourgeoisie zu Stande gekommen ist. Die Bourgeoisie selbst ist nur das willenlose Produkt dieser Zustände. Haß und Widerwillen gegen jene Klassen könnten also nur aus grobem Mißverständniß hervorgehen und Ihre eigene Lage nur erschweren. Die Fessel von Ihrem Fuße muß Ihnen abgenommen werden, aber nur im Frieden, durch die Initiative der Intelligenz und mit der sympathischen Hilfe der besitzenden Klassen, deren Spitzen, die Männer der Wissenschaft, bereits vorgehen und den Anfang machen. Wenn aber eine ungerechte und schädliche Erbitterung, welche den Prozeß der Lösung der Fessel nur erschweren würde, Sie keineswegs ergreifen darf, so wäre es andererseits ebenso schädlich, wenn Sie sich durch die Anhänger von Bastiat blind machen und die Fessel fortzulegen lassen wollten, wenn Sie sich durch Illusionen und Täuschungen eintun lassen wollten. — „Bei der Bildung dieser Zeit ist es nöthig, daß Ihr Besizenden und Intelligenten alle Kräfte darauf

verwendet, diese Fessel von uns zu nehmen.“ So müssen Sie ihnen zurufen! Lassen Sie sich aber die Fessel weglegen, lassen Sie sich in die Täuschung hineinreden, als wenn die Steigerung von Kapital und Produktion Sie befreie, so wird Niemand an die Lösung denken, und Sie würden dann Ihr Unglück auch noch verdienen! Halten Sie also die Wahrheit fest, konstatiren Sie sie unablässig, ohne Erbitterung, aber die nackte Wahrheit. Hören Sie das Wort Mill's, des großen englischen Oekonomen, der doch in jeder Beziehung zur Spitze der besitzenden Klasse gehört. Er sagt an einer Stelle: „Es ist sehr fraglich, ob bis jetzt alle mechanischen Erfindungen die Tagesmühe irgend eines menschlichen Wesens erleichtert haben. Sie haben allerdings die Wirkung gehabt, daß eine größere Bevölkerung das nämliche Leben von Mühseligkeiten und Einkerkungen führt und eine beträchtlichere Zahl von Fabrikanten und anderen Personen größere Reichthümer erwirbt; auch haben sie die Lebensannehmlichkeiten der mittleren Klassen vermehrt. Allein sie haben bisher noch nicht angefangen, jene großen Veränderungen im Gesichte der Menschheit zu bewirken, welche zu vollbringen in ihrem Wesen liegt und der Zukunft vorbehalten ist.“ Und an einer anderen Stelle: „Wenn die Aufgabe vorliegt, die Lage eines Volkes dauernd zu heben, so haben kleine Mittel nicht lediglich kleine Wirkungen, sondern überhaupt keine Wirkung zur Folge. Wofern nicht eine ganze Generation so an Lebensannehmlichkeiten gewöhnt werden kann, wie sie es jetzt an Dürftigkeit ist, so wird nichts erreicht, und schwache Halbmaßregeln verschwenden nur die Hilfsquellen, die weit besser aufbewahrt bleiben, bis der Fortschritt der öffentlichen Meinung und der Erziehung Politiker herangebildet haben wird, die nicht der Ansicht sind, daß, eben weil ein Plan Großes verspricht, es die Sache der Staatsmänner sei, sich nicht damit zu befassen.“

Ich habe der politischen Seite der Sache noch kurz zu gedenken. Die Fortschrittspartei hat die heftigsten Angriffe gegen mich und gegen Ihre Beschlüsse erhoben. Mit welchem Recht? Wie stehen wir zur Fortschrittspartei? Haben wir nicht das höchste Maß der Geduld bewiesen? Kapituliren wir! Im Jahre 1848 war eine Revolution, und bei dieser erlangte das Volk das allgemeine Wahlrecht. Darauf kam eine Periode der Reaktion. (Ich spreche nämlich von Preußen, denn um die preußische Fortschrittspartei handelt es sich.) Der König von Preußen oktroyirte am 5. Dezember 1848 eine Verfassung; auch diese enthielt noch das allgemeine Wahlrecht, und nach Art. 60 und 112 konnte er ohne Genehmigung der Deputirten kein neues Gesetz erlassen; dennoch wurde bald darauf ein neues Wahl-

gesetz mit dem Dreiklassensystem oktroyirt. Das ginge nun noch, wenn dieses neue Wahlgesetz, den Art. 60 und 112 gemäß, von einer nach dem alten Wahlgesetz gewählten Kammer genehmigt worden wäre. Das geschah aber nicht, sondern eine neue, nach dem neuen Wahlgesetz ernannte Kammer genehmigte es und stellte die Verfassung fest! Für die Demokratie aber, und ich gehöre zur radikalen Demokratie und glaube, daß auch Sie dazu gehören (Bravo!), für die Demokratie war die neue Verfassung ein Rechtsbruch! Dennoch brach im Jahr 1858, weil die neuen preussischen Minister, Schwerin u. s. w., etwas liberal waren, der sogenannte Verfassungsjubel los, welcher für jeden wirklichen Demokraten wahrhaft beleidigend sein mußte, da diese Verfassung für uns eben nur ein Rechtsbruch war. Man vergaß unsere Verluste, während wir doch den Kampf gemeinsam mit der Bourgeoisie geführt hatten, und dies war ein Bundesgenossenverrath. Die Bourgeoisie wollte sich aus dem großem Kampfe mit ihrer speziellen Beute, mit einer bürgerlichen Verfassung, für sich allein zurückziehen, und wir, das Volk, sollten bleiben, wo wir wollten. (Eine Stimme: Ist nicht wahr! Rischen und Beifall.) Wir schwiegen. Später wurde die Fortschrittspartei gebildet; warum verleugnet diese den Namen der Demokratie? Doch wohl, weil man nicht mehr Demokrat sein wollte. Und kann man unter solchen Verhältnissen sich wundern, von der Demokratie angegriffen zu werden? Herr Streckfuß in Berlin setzte bei Aufstellung des Programms für die zu bildende Fortschrittspartei in der ersten Sitzung, in welcher er gegenwärtig war, das allgemeine Wahlrecht mit auf die Liste der Forderung, und es ging in der betreffenden Sitzung durch. In einer anderen Sitzung einige Tage darauf, als er nicht gegenwärtig war, wurde es wieder gestrichen, und somit haben Sie den direkten Beweis, daß die Herren das direkte Wahlrecht nicht wollten, wie ja überdies Herr Faucher und Wirth hier in Leipzig nach den Zeitungen erklärt haben: da das Dreiklassenwahlgesetz eine solche Kammer geliefert wie die jetzige preussische, so bedürfe es des allgemeinen Wahlrechts gar nicht mehr. Wir schwiegen noch immer, trotz der Verleugnung des allgemeinen Wahlrechts, um des Friedens willen. Wir sagten uns: wenn die Fortschrittspartei irgend eine energische Thätigkeit entwickelt, gut, so wollen wir stumm sein, sie nur unterstützen; wenn sie die Herrschaft erlangt, so wird sie doch gezwungen sein, dem Volke KonzeSSIONen zu machen und mit ihm abzurechnen. An der gegenwärtigen, in Preußen vorhandenen Situation zeigte es sich aber bald, daß die Fortschrittspartei durchaus nicht die nöthige Energie hat, um eine energische Regierung in Verlegenheit zu setzen. Sie kann und wird

sich selbst nicht einmal an's Ruder bringen, und solange wir nur ihr folgen, bleiben wir im Sumpfe stecken. (Oho! Bravo! Auf nach Schluß und Widerspruch dagegen.) Ich habe die Ueberzeugung erlangt, daß, wenn wir hinter der Fortschrittspartei stehen bleiben, eine Stagnation unvermeidlich ist. Was habe ich nun gethan? In welchem Sinne habe ich die Fortschrittspartei angegriffen?

Doch gewiß nicht in dem Sinne, daß wir mit der Reaktion gehen wollten. Nein, wir wollen die Fortschrittspartei unterstützen, soweit sie der Reaktion gegenübertritt; wir wollen sie aber gleichzeitig auch vorwärts drängen. Die Fortschrittspartei hat selbst erklärt: die Verfassung existirt nicht mehr. Aber warum sitzt dann die Kammer noch in Berlin, so daß es scheinen muß, als ob ein konstitutioneller Zustand bestünde, die Regierung nur etwa in einer einzelnen untergeordneten Frage anderer Meinung sei? Es muß dieser Widerspruch eine völlige Verwirrung der Rechtsbegriffe und der Volksintelligenz nach sich ziehen. Fragen Sie nun die Tüchtigsten der Fortschrittler, warum sie das thun, warum sie nicht erklären, daß sie, da und solange keine Verfassung mehr existirt, auch nicht als Kammer fungiren und parlamentarische Geschäfte mit dem Ministerium erledigen können, so sagen sie Ihnen: Ja, wir möchten das wohl, aber das Volk ist nicht so weit, es würde unseren Schritt nicht billigen! So reden die Superflugen, die immer glauben, soviel weiter zu sein als das Volk! Nun, meine Herren, Sie gehören ja zu dem Volke! Zeigen Sie der Fortschrittspartei gerade dadurch, daß Sie sie mißbilligen, den Irrthum, in dem sie über Sie befangen ist. Dann zwingen Sie sie, voranzugehen.

Zudem ich heute hier erschienen bin, bin ich gleichsam nicht mit leeren Händen gekommen. Sie kennen die Beschlüsse, welche in Hamburg, Solingen, Düsseldorf, Köln gefaßt worden sind, die Beschlüsse der Rheinlande, in denen ich zehn Jahre lang mit den Arbeitern lebte. Aber auch die Männer der Wissenschaft haben meinem Appell entsprochen; von dem größten deutschen Nationalökonom, Rodbertus, ist ein Brief gekommen, in welchem er für Ihre Sache eintritt, und sein Fall ist nicht vereinzelt. Ein Mann, der zu den ersten Häuptern der Wissenschaft an dieser Universität gehört, der Professor Wuttke, läßt Ihnen durch mich sagen und hat Ihrem Komite einen Brief geschrieben, in welchem er erklärt, daß er für Ihre Sache eintritt und sie zu der seinigen macht.

So sehen Sie, daß jene Alliance sich bildet, die ich in meiner Bertheidigungsrede als die Alliance der Wissenschaft und der Arbeiter bezeichnet und vorausverkündet habe; Sie sehen, daß dieser Schlacht-

ruf sich zu erfüllen beginnt. Eine günstige Vorbedeutung knüpfe ich an den Umstand, daß gerade hier im Sachsenland und von Leipzig aus zuerst die Beschlüsse gefaßt worden sind; hier in Sachsen war es, daß Luther die berühmten Thesen an die Schloßkirche zu Wittenberg schlug; hier in Sachsen war es, daß nach der Leipziger Disputation die päpstliche Bannbulle von den Wittenberger Studenten verbrannt wurde. Hoffen wir, daß auch der belebende Hauch der großen Reformation, welche dieses Jahrhundert erfordert, von hier ausgehen und seine Wirkungen über die Fluren unseres Vaterlandes verbreiten werde.

(Lange anhaltender Applaus.)

Briefe von Dr. Wuttke und Lothar Bucher.

Herr Professor Wuttke hat folgendes Schreiben an das Central-Comite zur Gründung eines Deutschen Arbeitervereins gerichtet:

„Der Einladung zur heutigen Versammlung nicht folgen zu können, bedauere ich aufrichtig, allein als Vorsitzender des Schiller-Vereins kann ich gerade der heute gleichzeitig stattfindenden Berathung des Schiller-Vereins-Vorstandes mich nicht entziehen. Wie Herr Lassalle, bin ich überzeugt, daß der Weg der Fortschrittspartei der des Heiles nicht ist, daß eine Verbesserung der Verhältnisse nur herbeigeführt wird, wenn an Stelle des Arbeitslohnes der Arbeitsertrag tritt. In Leipzig hat man vor ungefähr 14—15 Jahren auf Rath der Partei, der ich angehörte, mehrere Genossenschaften zum gemeinsamen Geschäftsbetriebe gegründet; die Erfahrung hat damals ausgewiesen, daß Alles sich gut anließ, allein — sie wurden aufgelöst! In unserer Mitte besitzt man also Erfahrungen, auf die sich fußen läßt, indem man sich für genossenschaftlichen Betrieb erklärt. Besonnenheit und Ausdauer sind nach meinem Dafürhalten die Bedingungen des Erfolges.

Mit dem Wunsche des besten Fortganges

Reudnitz, 16. April 1863.

Dr. Heinrich Wuttke.“

Nachträglich hat das Comite noch diesen Brief von Lothar Bucher aus Berlin erhalten:

„Sie haben mich aufgefordert, bei der nächsten ordentlichen Zusammenkunft Ihres Vereins einen Vortrag zu halten. An ein Geschäft gebunden, das meine Zeit jeden Tag in Anspruch nimmt, würde ich, wenn auch mit Bedauern, abgelehnt haben,

wenn nicht der von Leipzig aus angeregte Streit zwischen meinem Freunde Lassalle und meinem ehemaligen Parteigenossen Schulze-Dechwitz auf eine Frage geführt hätte, die mich während meines langen Aufenthaltes in England viel beschäftigt hat, die Frage: wie sich die Manchesterpartei zu dem Wesen jedes Staates und zu den Aufgaben der gegenwärtigen Staaten verhält.

Da die Erscheinungen, die ich zu beobachten Gelegenheit gehabt, in Deutschland Vielen gar nicht bekannt sind, von Vielen in einem falschen Lichte gesehen werden, und da die Lehren, die aus jenen Erscheinungen zu ziehen sind, nicht nur für die Arbeiterverhältnisse, sondern für die Entwicklung Deutschlands in jeder Richtung von der größten Wichtigkeit sind, so würde ich die dargebotene Gelegenheit, Zeugniß abzulegen, nicht ausschlagen können, ohne das Gefühl, einer Pflichtverletzung schuldig zu sein. Ich bin daher bereit, über die bezeichnete Frage zu sprechen.

Die Vorgänge in der gestern hier abgehaltenen Arbeiter-Versammlung, wo man Diejenigen, die Lassalle's Argumente entwickeln wollten, mit dem Geschrei: Haut ihn! nicht zu Worte kommen ließ, und die Art und Weise, wie die so zu Stande gebrachte Abstimmung von einem Theile der hiesigen Presse verwerthet wird, dieses von Berlin gegebene Beispiel, die Anwesenden zu terrorisiren und die Abwesenden zu täuschen, macht es doppelt geboten, Farbe zu zeigen. Ich verliere daher keine Zeit, meine Ueberzeugung auszusprechen, daß die Lehre der Manchester Schule:

der Staat habe nur für die persönliche Sicherheit zu sorgen und alles Andere gehen zu lassen,
vor der Wissenschaft, vor der Geschichte und vor der Praxis nicht besteht.

Mit demokratischem Gruße!

Berlin, 20. April 1863.

Lothar Bucher.
